

Strategischer Leitfaden für Gerichtsverfahren der Letzten Generation

Präambel:

Als Kampagne des zivilen Widerstands sind wir nicht nur für Polizei und Politik, sowie die Zivilgesellschaft unignorierbar, sondern auch die Gerichte werden sich zwangsläufig immer wieder mit uns auseinandersetzen.

Tausende Verfahren stehen den Aktiven der Letzten Generation bevor.

Wir wollen die Gegenwehr des Systems für uns nutzen, uns nicht einschüchtern und verunsichern lassen, sondern die Aktion in den Gerichtssälen fortsetzen.

In den Gerichten wird uns eine Bühne mitten im System geboten, auf die wir den Klimanotfall und unseren Widerstand gegen das Versagen der Regierung tragen werden.

Der Leitfaden:

Wofür?

Dieser Leitfaden strebt an Ziele zu formulieren, die wir mit strategischer Prozessführung erreichen wollen und damit einen Rahmen zu geben, in dem wir verschiedene Taktiken und Vorgehensweisen ausprobieren können.

Der Leitfaden ist nicht als verbindliches Regelwerk zu verstehen, sondern vielmehr als Vorschlag, wie wir Verfahren strategisch gut in die Kampagne einbetten können.

Wir werden viele Erfahrungen sammeln und können im Nachhinein wahrscheinlich ein Buch über die Strategien in Gerichtsverfahren schreiben... Vorerst denkt dieser Leitfaden lediglich erste Ideen und Vorschläge an. Er soll Gedankenanstöße geben, die von jeder Person, in jedem Verfahren ausprobiert und weitergedacht werden.

Für wen?

Wenn du als Einzelperson, oder als Team mit anderen Aktivist*in oder Anwält*in ein Gerichtsverfahren vorbereitest, das mit der Letzten Generation zusammenhängt, lies dir bitte den Leitfaden durch und überlege, wie du deinen Prozess führen möchtest. Besonders wenn du ein Konzept oder eine Idee hast, die außerhalb des Rahmens liegt, den die Leitlinien vorgeben, tritt gerne in Austausch dazu mit anderen Aktivist*in, dem Legal Team, oder der Strategie AG. Gegebenenfalls wird in einem Verfahren, das gar nicht in die grobe Strategie passt, zum Beispiel keine Öffentlichkeitsarbeit auf den Letzten Generation Kanälen gemacht. Unterstützung durch das Legal Team gibt es unabhängig von der Strategie.

Die Prozessführung liegt alleine in den Händen der Betroffenen! Ihr entscheidet, wie ihr euren Prozess führen wollt.

Ziele von Gerichtsverfahren:

Insgesamt kann hier wohl gesagt werden, dass unser Ziel eine klimagerechte Welt oder zumindest erstmal effektiver Klimaschutz in Deutschland ist, nicht der Freispruch. Wir wollen bei unserer Verfahrensführung über das einzelne Verfahren hinausdenken.

Abschreckung vs. Empowerment:

Das System setzt darauf, uns über die Ungewissheit, die mit der langsamen, bürokratischen Strafverfolgung einhergeht, einzuschüchtern. Es versucht einen Backfiring-Effekt zu vermeiden, indem wir rhetorisch scharf verurteilt werden, aber letztendlich nur moderate Strafen bekommen, denn so wird die ungerechte Strafe nicht zum Aufreger in der Gesellschaft.

Wie schaffen wir es, trotz rechtlicher Konsequenzen weiter Widerstand zu leisten?

- Empowerment als Gruppe
 - Wenn Menschen sich mit Repression alleine fühlen, kann sich das ohnmächtig anfühlen – vom System in die Knie gezwungen, gelähmt.
 - Es ist wahrscheinlich und verständlich, dass Menschen mit Aktivismus aufhören, die sich so fühlen. (außerdem ist das auch richtig scheiße für das individuelle Wohlbefinden)
 - Wir wollen den Aktivismus in der Repression weiter denken und diese gezielt nutzen, um uns gegenseitig und uns selbst zu empowern.
- Entmystifizierung des Systems
 - Wenn du dich einem*r Richter*in entgegenstellst und erklärst, dass du nichts falsch gemacht hast – Dass es moralisch richtig, ja sogar eine moralische Pflicht ist Widerstand zu leisten – dann stellst du dich ein Stück weit dem System selbst entgegen und merkst, dass es auch nur aus Menschen besteht.
 - Richter*innen entscheiden oft willkürlich und verstricken sich in bürokratischen Absurditäten des Systems, das sie manifestieren.
 - Wir versuchen die Menschen, die in den Richter*innen stecken, anzusprechen, an ihre Moral zu appellieren und ihnen ihre eigenen absurden Verstrickungen vorzuführen.
 - Wir entmystifizieren das System – vermenschlichen es – und sehen, dass es veränderbar ist.
 - So ermächtigen wir uns selbst als Akteur*in – Als Person, die nicht passiv im System hin und her geschubst wird, sondern aktiv für sich selbst einsteht und Sand im Getriebe ist.
- Selbstermächtigung
 - In Prozesstrainings lernen wir uns selbst zu verteidigen und uns gegenseitig zu verteidigen. Eine aktive Rolle im Prozess einzunehmen ermöglicht erst die zuvor beschriebene Selbstermächtigung und Entmystifizierung des Systems.
 - Es ist auch möglich einen empowernden Prozess mit anwaltlicher Unterstützung zu haben, aber nur, wenn die*der Betroffene eine aktive Rolle in der Verhandlung einnimmt.
 - z.B. ein starkes Eingangsstatement abgeben
 - Befragung von Zeugen
 - Stellen von Anträge

- Abgabe von Gegenstellungnahmen
 - Letzte Worte sagen
 - Pressearbeit machen
- Natürlich ist es wichtig, auf eure persönlichen Kapazitäten und Fähigkeiten zu achten. Wir wollen uns aber gegenseitig unterstützen und empowern, persönliche Grenzen auszutesten und für uns selbst und einander einzustehen!
- Mobilisierung
 - Mobilisierung kann an der Angst vor Repression scheitern. Diese Angst steht und fällt mit den positiven oder negativen Erfahrungen anderer.
 - Wenn Menschen coole Statements nach Gerichtsverfahren machen, Erfolge feiern können, kreativ und aktiv mit Verfahren umgehen, dann kann das Menschen mobilisieren:
 - Menschen beeindrucken und inspirieren andere, die vor Gericht sagen: Nein! Ich will keine Einstellung ich bestehe auf einen Freispruch! Wir sind im Klimanotfall und die Untätigkeit der Regierung ist kriminell, nicht meine Straßenblockade!
 - Wie auch die Aktionen selbst müssen solche Verhandlungen wie eine Aktion behandelt und unterstützt werden, um den Menschen Mut, Sicherheit, ein Gefühl von Gemeinschaft mitzugeben und den mobilisierenden Nutzen und Einfluss auf den Gesellschaftlichen Diskurs zu maximieren -> Support, Media, Presse, Soli-Demos, Vernetzung (zB mit Wissenschaftler*innen), ...
 - Besonders in kleinen Städten kann ein politisches Gerichtsverfahren super mobilisieren, wenn es lokal groß gemacht wird!
- Ein erfolgreiches Verfahren empowert.
 - Was ein erfolgreiches Verfahren ist, kann sich von Person zu Person und Situation zu Situation unterscheiden.
 - Möglichst geringe Strafe oder Einstellung
 - Möglichst starke Emotion, die Pressevertreter*innen und Richter*innen wahrnehmen
 - Viel Information über den Klimanotfall anführen
 - Spaß haben
 - ...

Strafen abwenden/möglichst geringe Strafen:

Wenn wir Strafen abwenden, z.B. per Einstellung, oder nur eine sehr geringe Strafe bekommen, ist es einfacher weiterzumachen, da uns schlicht weniger Repression trifft. Außerdem ist es motivierend und empowernd vor Gericht "zu gewinnen"! -> allerdings besonders, wenn hier die*der Betroffene eine aktive Rolle einnimmt und nicht nur als Objekt neben einem*r Anwalt*in sitzt und freigeekämpft wird.

Denke auch hier wieder daran: das Ziel geht über den einzelnen Freispruch hinaus. Ein Freispruch ist super gut für den öffentlichen Diskurs und unsere Selbstermächtigung. Du solltest aber im Blick haben, ob du deine Werte, deine Haltung, deinen Widerstand oder Aspekte anderer Ziele vernachlässigst, um einen Freispruch zu bekommen und wie es dir damit geht. Außerdem: Besonders am Amtsgericht hängt ein Freispruch sehr stark vom

Gutdünken der einzelnen Richter*innen ab und wir können nur sehr begrenzt Einfluss darauf nehmen.

Justiz als Säule der Gesellschaft:

Die Judikative, also die Gerichte, stellen eine Säule unserer Gesellschaft dar. Indem sie legislatives und exekutives Handeln kontrollieren und die Rechte der*s Einzelnen schützen, halten sie Recht und Ordnung in der Gesellschaft aufrecht. – oder so zumindest die Theorie...

Wir haben einen starken Rechtsstaat in Deutschland und ein erstaunlich fortschrittliches Grundgesetz, aber die Realität des Systems bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Besonders marginalisierte Gruppen sind häufig vom Privileg der Grundrechte ausgeschlossen. Tagtäglich werden Grundrechte systematisch außer Acht gelassen und z.B. unsere Lebensgrundlagen weiter zerstört.

Die Justiz als Säule der Gesellschaft gibt dem System und seinen Entscheidungen viel Legitimation. Entscheidungen, die uns freisprechen (besonders wenn dies aufgrund des Klimanotstands passiert) legitimieren unser Handeln und delegitimieren das System selbst.

- Unser Justizsystem manifestiert Macht und Eigentum und damit Ungerechtigkeit.
- Richter*innen nehmen sich als neutrale Institution wahr, aber sind eigentlich immer auf irgendeine Weise befangen... Besonders ein Thema wie der Klimanotfall und der Widerstand gegen die Regierung kann von Richter*innen nicht völlig unabhängig ihrer eigenen Glaubenssätze und Wertvorstellungen bewertet werden.
- Richter*innen nehmen sich aber selbst als Hüter*innen von Recht und Ordnung wahr und auch die Gesellschaft sieht sie als solche. Damit sind sie eine tragende Säule der Gesellschaft.
- "Recht und Ordnung" sind durch den Klimanotfall massiv gefährdet (bzw. durch das System selbst)

Ruth Bader Ginsburg (Supreme Court Richterin aus den USA):

"In den 1970er Jahren gab es zahllose Fälle, mit denen die Ungleichbehandlung gleich reihenweise abgeschafft wurde. Wie das kam? Nicht meinetwegen. Die Gesellschaft hatte sich verändert. Die Gesellschaft war im Aufbruch, und Gerichte sind reaktive Institutionen. Sie gehen nicht voran, aber unter Umständen können sie den Wandel beschleunigen."

-> Gerichte sind "reaktive Institutionen"

Wenn wir also unser Anliegen und unsere Entschlossenheit wieder und wieder in die Gerichte tragen, stellen wir diesen Aufbruch in der Gesellschaft dar. Wir können die Passivität der weiteren Gesellschaft ein Stück weit mit unserem Widerstand übertönen und die Gerichte in den Geist des Wandels treiben.

Was brauchen wir, damit das gelingt?

- Glück (z.B. eine*n Richter*in kurz vor der Rente, die sich nochmal einen Namen machen wollen und nichts zu verlieren haben, die mutig einen unkonventionellen Freispruch wagen.)

- Ruth Bader Ginsburg:
 “So sehr ich den Wert einstimmiger Entscheidungen schätze, wenn etwas Wichtiges auf dem Spiel steht, werde ich immer meine Stimme zur Gegenrede erheben.”
 -> Richter*innen haben die Macht Entscheidungen entsprechend ihrer Werte und Moral zu fällen. Die meisten trauen sich das nie und schließen sich immer dem einfachen Weg der Mehrheit an. Aber es gibt diese Richter*innen und wir müssen sie finden und zu einer richtigen Entscheidung anhalten.
- Diversität und Kreativität (immer neue Ideen und Ansätze, wie wir die Gerichte in den Aufbruch bringen)
 - Aber auch Durchhaltevermögen. Ähnlich wie bei den Straßenblockadeaktionen kann gewaltfreier ziviler Widerstand in Gerichtsverfahren mit der Zeit Druck erzeugen. Dabei reagieren Richter*innen auch viel auf das generelle gesellschaftliche Klima.
- An die Menschen hinter den Richter*innen-Roben appellieren und ihre Macht in dieser Zeit hervorheben. Ihre falsche “Neutralität” als absurd entlarven, weil es im Klimanotstand keine Neutralität mehr gibt.
- Vernetzen mit Angehörigen der Judikative (z.B. Richter*innenblockade wie damals in Mutlangen)

Wegweisende juristische Entscheidungen anstoßen:

Die Rechtsprechung zu Sitzblockaden besteht aus einer Reihe umstrittener Entscheidungen. Diesen wird zwar in der Rechtsprechung gefolgt, es bieten sich aber immer wieder offene Räume für Diskussion und Abwägung nach Ermessen der Richter*innen. Spannende Rechtsfragen werden aufgeworfen. Die schiere Menge unserer Verfahren und die Entschlossenheit der Betroffenen hat das Potential, Gerichte zu neuen wegweisenden Entscheidungen zu treiben.

Klimanotstand:

- Klimanotstand als rechtfertigender Notstand bietet eine Möglichkeit unsere moralisch empfundene Rechtfertigung juristisch auszudrücken.
- Es ist nicht absolut fernliegend den Klimanotstand als rechtfertigenden Notstand nach §34 StGB anzuerkennen.
- Ein Freispruch aufgrund des Notstands wäre ein riesiger Erfolg für den Widerstand selbst! Das würde bedeuten, dass der*die jeweilige Richter*in den Klimanotstand als akute Gefahr anerkennt und unser Mittel (Blockade) als geeignetes und angemessenes Mittel, um diesem Notstand entgegenzutreten. (Dazu muss es nicht sicher funktionieren, es darf nur nicht völlig ungeeignet sein.)
 - Gab es auch schon 2 Mal in Deutschland (einmal bei einer Baumbesetzung und einmal bei einer Schlachthof-Blockade)

Aber:

- Indem Richter*innen anerkennen, dass unser System so gravierend versagt, dass ziviler Widerstand gerechtfertigt ist, erkennen sie damit als Teil des Systems selbigem seine Funktionsfähigkeit ein Stück weit ab. Das wäre in der Situation

angemessen und richtig, stellt aber sicherlich unbewusst oder bewusst eine erhebliche Hürde für die meisten Richter*innen dar.

- Durch die verschiedenen Instanzen der Gerichte zu gehen, um eine höchstrichterliche Entscheidung zu erwirken würde sehr lange dauern. Das können wir uns in Anbetracht des Klimanotfalls kaum leisten. (es würde zwar wohl auch nicht schaden, es kann uns aber auch nicht vor dem Erreichen der Kipppunkte bewahren.)

Die Öffentlichkeit:

Wie wir Gerichtsverfahren führen wird über Statements der Aktivist*innen, Verteidiger*innen, Anwält*innen und Unterstützer*innen, sowie durch Pressemitteilungen und Presse, die in Verfahren anwesend ist, nach außen getragen.

Strafverhandlungen sind grundsätzlich öffentlich. Das ist ein integraler Bestandteil des Rechtsstaats. Hinter verschlossenen Türen kann kein Recht gesprochen werden.

Die Gerichtsprozesse fügen sich nahtlos in die Geschichte ein, die wir erzählen: Wir leisten Widerstand gegen ein System, dass uns ungebremst in den Abgrund rasen lässt und eben dieses System sanktioniert uns dafür. Das kann uns in Anbetracht der Katastrophe aber nicht davon abhalten, weiter Widerstand zu leisten. Was wir tun ist moralisch richtig und die etwaige Strafe ungerecht. Deshalb kann diese Strafe uns auch nicht davon abhalten weiterzumachen.

Wir saßen auf der Straße - jetzt stehen wir im Gericht - dann setzen wir uns wieder auf die Straße. Bis die Gesellschaft innehält und der Klimakatastrophe angemessen begegnet.

Dieser enge Zusammenhang zu den Blockade-Aktionen spricht sehr dafür unser Auftreten und das "Bild nach außen" so weit wie möglich aufrechtzuerhalten:

- bürgerlich/zivil
- nahbar/persönlich
- entschlossen
- ernst (der Klimanotfall ist eine ernste Angelegenheit)

Dabei ist allerdings besonders eure individuelle Authentizität eine wichtige "Waffe" im Gericht. Im Zweifel ist es wichtiger authentisch und nahbar rüberzukommen, als super bürgerlich!

Wenn ihr Presse zu eurem Gerichtsprozess einladen wollt und selbst mit der Presse sprecht, orientiert euch bitte am "Framing in Gerichten". Wenn wir uns in der Pressearbeit auf ein paar einzelne Kernpunkte konzentrieren, ist es sehr viel wahrscheinlicher, dass die Presse in unserem Sinne berichtet.

(Näheres hierzu in Absprache mit der Presse AG)

Aktuelles Presse-Framing in Gerichten:

 Framing Gerichtsprozesse

Tatsächliche Störung:

Wollen wir den Alltag/den normalen Bürokratischen Ablauf in den Gerichten tatsächlich stören? Was für Vorteile hat das?

Pressesprecherin AG Tiergarten: "Wir sind das schnellste Amtsgericht Deutschlands!"
-> das wird sie nicht mehr lange sagen! (September 2022)

- Raum einnehmen
- Das Thema groß machen
- Ihren Alltag durchbrechen, um sie zur tatsächlichen Auseinandersetzung mit uns zu bewegen
- Teilweise Repressionen abwenden, weil sie nicht die Kapazitäten haben uns alle für alles zu verurteilen

Aber: eine Störung ist eher ein Mittel, um das Erreichen der anderen Ziele zu unterstützen. Überlege dir also, welche Ziele du mit der Störung, die du vor hast, erreichen kannst und ob sich das lohnt. Hier ist eine Abwägung vorzunehmen: eine Störung wird meistens in ein paar Punkten ein Vorteil sein, aber dafür in anderen ein Nachteil. Es kann Sinn ergeben das zum Beispiel auch vom Charakter des*der Richter*in abhängig zu machen.

Konkret:

Das Landgericht in Berlin ist stark unterbesetzt. Da landen Akten teilweise einfach in einem leeren Raum. Wenn wir ständig in Berufung gehen, können wir das System hier sehr schnell überlasten und dazu anregen, sich endlich ordentlich mit der Sache auseinanderzusetzen, anstatt sich wegzuducken und hinter niedrigen Geldstrafen zu verstecken...

Wir wollen hier unsere **Ehrlichkeit** nicht verlieren. Zu stören, indem wir Verfahren mit Beweisanträgen zum Klimanotfall in die Länge ziehen ergibt Sinn, denn das ist das Thema, das uns beschäftigt und überhaupt erst in die Aktion und in die Gerichte treibt. Einfach nur ziellos Anträge zu stellen und Beschwerden einzulegen, um Kapazitäten zu binden und zu stören, lenkt vom eigentlichen Thema ab und stört den Fokus des Verfahrens. Ziviler Ungehorsam zeichnet sich durch offene und ehrliche Kommunikation aus.

Verhalten und Haltung in Gerichten:

Hier sollte sich am Aktionskonsens für Aktionen orientiert werden (Gewaltfreiheit, etc.).

Gerichtsverfahren können ganz unterschiedlich geführt werden. Strategisch unabdingbar bleibt dabei aber, dass wir den Widerstand an Gerichten fortführen. Das drückt sich hauptsächlich in der Grundhaltung aus, mit der wir Repression entgegentreten.

Die widerständige Haltung nicht verlieren!

“Wenn ein bestimmter Akt zivilen Ungehorsams eine moralisch gerechtfertigte Protestaktion ist, dann ist die Inhaftierung derjenigen, die an der Aktion beteiligt sind, unmoralisch, und man sollte gegen sie eintreten und sie bis zum bitteren Ende anfechten. [...] Es kann häufig vorkommen, dass Protestierende freiwillig entscheiden, ins Gefängnis zu gehen, um so ihre Mitbürger ständig an die Ungerechtigkeit zu erinnern. Aber es ist nicht das Gleiche wie die Vorstellung, dass sie als Teil einer mit zivilem Ungehorsam verbundenen Vorschrift ins Gefängnis gehen *müssen*. Der entscheidende Punkt ist, dass der Geist des Protests die ganze Zeit aufrechterhalten werden sollte, ob dadurch, dass man im Gefängnis bleibt, oder dadurch, dass man sich der Strafe entzieht. Das Gefängnis reuig zu akzeptieren und so in ‘die Vorschriften’ einzuwilligen, bedeutet, plötzlich auf einen Geist der Unterwürfigkeit umzusteigen und die Ernsthaftigkeit des Protests herabzuwürdigen.”

- Howard Zinn, *Ungehorsam und Demokratie. Neun Irrtümer über Recht und Ordnung* (1968)

Hierbei wollen wir ehrlich und authentisch bleiben und den inhaltlichen Fokus (Klimakatastrophe) nicht verlieren.

Die Dramaturgie des Prozesses - Drama in 5 Akten

Der Gerichtsprozess lässt sich als “Drama in 5 Akten” aufschlüsseln und planen. Ein Gerichtssaal ist ein Theater mit besonderen Regeln.

1. Akt: Aufruf zur Sache, Personalien, Anklage/Strafbefehl, Einlassung
2. Akt: Beweisaufnahme (Zeug*innenbefragung, Beweisanträge)
3. Akt: Plädoyer StA/Verteidigung, Letzte Worte Angeklagte*r (Höhepunkt)
4. Akt: Urteil, Urteilsbegründung
5. Akt: Pressearbeit, media-statement, Austausch mit Solidarischen Zuschauer*innen

Zusammengefasst ist ein Verfahren dann erfolgreich, wenn du selbst, die Zuschauer*innen und idealerweise auch die anwesende Presse am Ende das Gefühl haben, dass du zu Unrecht verurteilt wurdest. Besser noch: wenn sie das Gefühl haben, dass deine Verurteilung ein Ausdruck des noch viel größeren Unrechts ist: die Klimakatastrophe weiter zu befeuern, anstatt ihr entschlossen entgegenzutreten.

Im Gerichtssaal hat die*der Richter*in alle Macht. Sie kontrollieren den Saal. Als Angeklagte*r stehst du dem in Machtlosigkeit gegenüber. Ziel der Dramaturgie ist es, dieses Gefälle abzubauen.

Das kann auf unterschiedliche Weise funktionieren. Hier folgt ein Beispiel, wie viele unserer Prozesse laufen.

Beispiel:

1. Akt: Du kommst in den Saal und setzt dich auf den Platz des Verteidigers und nicht den des Angeklagten. Die Richterin ermahnt dich und weist dir einen anderen Platz zu. Ihre Macht ist klar. Die Staatsanwältin liest die Anklage vor. Darin klingt es so, als wärst du klar zu verurteilen und hättest eine schlimme Straftat begangen. -> Zu

diesem Zeitpunkt stehst du ganz unten und die Richterin ganz oben.

In deiner Einlassung gibst du nun offen zu, auf der Straße gesessen zu haben und erklärst ausführlich, warum du in den zivilen Ungehorsam gehst und wie schlimm es um unsere Welt und Gesellschaft steht. Diese Themen haben für gewöhnlich keinen Platz im Gerichtssaal und die Richterin weiß nicht so ganz, wie sie auf deine Emotionen reagieren soll. Deine Entschlossenheit und Überzeugung, das Richtige zu tun, lässt die Anklage der StA schwach und haltlos erscheinen. -> du stehst nun schon viel besser da

2. Akt: Polizeizeug*innen reden über die Länge des Staus und wie lange es gedauert hat, dich von der Straße zu lösen. Es wird über dich und deine "Tat" gesprochen. -> Es wirkt wieder so, als hättest du etwas falsch gemacht.
Du trägst mehrere Beweisanträge vor, die wissenschaftliche Details zur Klimakatastrophe einführen. Dabei darfst du nicht unterbrochen werden und auch nicht die Anzahl der Anträge beschränkt. Du nimmst dir Raum und redest über das, was wirklich wichtig ist. -> Es geht nun eher um die Klimakatastrophe, als um die "Tat", du zweckentfremdet den Raum ein wenig und entziehst der Richterin damit einen Teil ihrer Kontrolle. Vielleicht bringst du sogar direkt Sachverständige Personen mit, die nun vom Gericht selbst oder dir befragt werden & dir weitere Legitimität aus anderen Teilen der 'akzeptierten Bevölkerung' (wie den Klimawissenschaften) ausstellen. Dies kann vorallem weiter Raum einnehmen, die Geschichtserzählung der Presse/Öffentlichkeit gegenüber weiter untermauern.
3. Akt: Das Plädoyer der Staatsanwaltschaft lässt dich wieder als Straftäter*in erscheinen. Im Plädoyer der Verteidigung/bzw. von dir selbst wird klar argumentiert, dass das alles nicht so einfach ist und du auch juristisch freizusprechen bist, oder es wird gar nicht darauf eingegangen sondern nochmal über die gravierende Gefahr der Klimakatastrophe gesprochen. In deinem Letzten Wort adressierst du schließlich die Richterin persönlich: "Alle müssen sich irgendwie zu dieser Katastrophe verhalten. Es gibt keine Neutralität. Unsere Kinder werden auf diesen Moment zurückblicken und sehen, wer ihnen ihre Welt genommen hat und wer für sie gekämpft hat! Sie können hier ein Zeichen für das Überleben setzen. Seien Sie mutig!" -> In diesem Moment ist die Richterin in einer Zwickmühle. Eine Verurteilung lässt sie nicht stark und dich schwach erscheinen, sondern zeigt, wie sie den Zwängen des Systems unterliegt und dass sie nicht mutig genug ist, sich aufzulehnen gegen den Status Quo.
4. Akt: Nun nimmt sich das Gericht Zeit zur Urteilsverkündung. Kündigt es nur 10 Min. Pause an, weißt du schon, dass heute kein geschichtsträchtiger Freispruch geäußert wird. Handelt es sich eher um 1-2 h bleibt es schon etwas spannender. Die Richterin verurteilt dich (wahrscheinlich). Die Spannung im Saal sackt in sich zusammen. Der ganze Zuschauer*innenraum voll enttäuschter Erwartung.
5. Akt: In Gesprächen nach der Verhandlung reflektiert ihr gemeinsam, warum die Richterin, genau wie ein Großteil der Bevölkerung, gerade Angst hat, sich für Veränderung einzusetzen. Ihr überlegt euch gemeinsam die nächste Aktion, um diese Veränderung endlich anzustoßen. Das Ziel des Staates, euch zu unterdrücken und einzuschüchtern, ist fehlgeschlagen. Du legst Rechtsmittel ein und gehst in Berufung, um das System noch länger zur Auseinandersetzung mit dir und der Klimakatastrophe zu zwingen.

Aktionen in und um Gerichtsverfahren:

Denkt gut darüber nach, ob die Aktion den Zielen der Gerichtsverfahren dient oder nicht.

- Blockade vor dem Gericht direkt nach der Verhandlung:
 - Entschlossenheit! -> gut;)
 - Passt in Aktionsbild der LG
 - Im Rahmen des Aktionskonsens
 - Empowerment! Ermächtigung!
 - Nicht direkt respektlos ggü. Dem Gericht, aber zeigt: wenn ihr so entscheidet, können wir keine Rücksicht darauf nehmen, weil die Klimakatastrophe uns weiter moralisch zum Widerstand verpflichtet!
- kleben im Gericht?
 - Was wollen wir damit sagen? Ist das ernstzunehmen? Was spricht dafür, was dagegen? Gutes Framing?
- etc.

Denkt euch gern Aktionen und kreative neue Aktionsformen aus, aber geht verantwortungsvoll mit Aktionsideen um. Alles was ihr in einem Gerichtsverfahren der "Letzten Generation" tut, wird mit dieser in Verbindung gebracht und Auswirkungen auf die gesamte Kampagne haben.

Aktionen in Gerichten sollten abgesprochen sein -> wenn etwas richtig cool ist, können wir es in den Strukturen richtig pushen, wenn uns starke Bedenken kommen, sind diese sicher auch gut einzubeziehen in eure Entscheidung.

Rechtsmittel einlegen: Der Instanzenzug

Nachdem der*die Richter*in sein*ihr Urteil gesprochen hat, wirst du belehrt, dass du binnen einer Woche Rechtsmittel einlegen kannst. Rechtsmittel einzulegen bedeutet, dass du mit dem Urteil des Gerichts nicht einverstanden bist und es für falsch hältst und du willst, dass ein höheres Gericht sich noch einmal mit deinem Fall auseinandersetzt und nochmal entscheidet.

Die Staatsanwaltschaft kann auch Rechtsmittel einlegen, wenn sie mit dem Urteil unzufrieden ist (zum Beispiel wenn du freigesprochen oder sehr milde verurteilt wirst). Wenn nur du Rechtsmittel einlegst, kann das Urteil in nächster Instanz nur gleich bleiben oder sich für dich verbessern. Wenn auch die Staatsanwaltschaft Rechtsmittel einlegt, kann auch ein für dich schlechteres Urteil in nächster Instanz dabei rauskommen.

Wenn du innerhalb einer Woche Rechtsmittel einlegst, muss der*die Richter*in ein schriftliches Urteil verfassen und dir zukommen lassen. Nun musst du entscheiden, ob du in Berufung oder Revision gehen willst. Berufung bedeutet, dass am Landgericht verhandelt wird. Hier gibt es nochmal eine Hauptverhandlung und auch tatsächliche Umstände der vermeintlichen Straftat werden nochmal besprochen. Es gibt also nochmal eine Beweisaufnahme etc. Wenn du gegen das Urteil des Landgerichts nochmal Rechtsmittel einlegen willst, gehst du in Revision. Hier wird nur noch über die rechtliche Bewertung deiner "Tat" gesprochen und das Verfahren findet meist rein schriftlich statt. Hierfür brauchst du eine*n Verteidiger*in. Die Revision findet am Oberlandesgericht statt.

Du kannst auch schon nach dem Urteil am Amtsgericht entscheiden, dass du direkt in Revision gehen willst. Das nennt sich dann Sprungrevision. Das kann in Einzelfällen Sinn ergeben. Sprich diese Entscheidung am besten mit deiner Verteidigung und/oder dem Legal Team ab.

Wenn du auch gegen das Urteil der Revision weiter vorgehen willst, kommst du als nächstes vor den Bundesgerichtshof (BGH) und wenn da immer noch verurteilt wird, kann es möglich sein vor das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zu ziehen.

Dieser ganze Instanzenzug dauert sehr lange und kann sehr teuer werden. Es ergibt Sinn, dass wir uns als Letzte Generation einzelne Fälle herausuchen, die eine günstige Konstellation haben und diese durch die Instanzen treiben.

Das erste Mal Rechtsmittel einlegen ergibt aber meistens Sinn (also sich gegen das Urteil am Amtsgericht zu beschweren und vor das Landgericht zu ziehen).

Soll ich Rechtsmittel einlegen?

Die generelle Linie ist grob, dass wir grundsätzlich der Meinung sind, dass unsere Blockaden geschützte Versammlungen und überdies durch den Klimanotstand gerechtfertigt sind und wir deshalb so weit gehen, bis wir freigesprochen werden, oder es eben nicht mehr weiter geht.

Im konkreten Fall obliegt die Entscheidung aber natürlich den einzelnen Betroffenen und wir wollen da auch keinen Druck in irgendeine Richtung aufbauen.

Diese pro/contra Liste kann euch helfen zu entscheiden, ob ihr Rechtsmittel einlegen wollt:

- + Sand im Getriebe der Justiz
- + Gericht als Politische Bühne
- + bessere Chancen auf ein milderes Urteil/Freispruch/Einstellung als in 1. Instanz
- Mehr Prozesskosten
- Mehr Vorbereitung/Aufwand

Umgang mit finanziellen Folgen: Geldstrafe

Wenn du eine Geldstrafe bekommst, kannst du dich entscheiden sie im Gefängnis abzusitzen oder du kannst sie bezahlen.

Wenn du die Strafe lieber bezahlen willst, sind Spendenkampagnen ein super Mittel, um das Geld zusammenzubekommen!

Wende dich an die Repressionskostenhilfe (RKH) des Legal Teams über legal@letztegeneration.org!

- Hier bekommst du Infos zu Spendenkampagnen und alternativen Finanzierungsmöglichkeiten
- Außerdem kann dir hier mit der überwältigenden Bürokratie-Flut geholfen werden und an andere Angebote, wie den emotionalen Support oder den Gefängnis Support weiterverwiesen werden.

Prozess, Orga und Erfahrungsaustausch:

Zum Abschluss noch ein paar Hinweise zum Organisatorischen Ablauf:

Wenn ihr Strafbefehle und später Ladungen zu Gerichtsterminen bekommt, schickt diese bitte unbedingt immer an legal@letztegeneration.org!

Nur wenn wir wissen, wann Gerichtstermine sind, können wir diese an die Organisationsstruktur anbinden und euch unterstützen (emotionalen Support, strategische Absprache, mediale Arbeit, Presse, Aktionen rund um das Gericht organisieren, etc.).

Erfahrungsaustausch findet über das Verteidigungs-Wiki statt. Hier sammeln wir Anträge, Beweisanträge, Gutachten, Taktiken und strategische Überlegungen, Erfahrungsberichte, etc.

Bitte denkt daran einen Erfahrungsbericht zu euren Prozessen zu schreiben und zur Verfügung zu stellen, sodass wir möglichst schnell als Gruppe alle Erfahrungen zusammennehmen und daraus lernen können.

Außerdem ist es super hilfreich, wenn wir guten Überblick über die ergangenen Urteile behalten! Bitte lasst uns nach dem Prozess wissen, was rausgekommen ist und ob ihr Rechtsmittel eingelegt habt.

<https://wiki.itsnow.biz/de/Verteidigungswiki>

(hierfür musst du einen Account anlegen)